

Protokoll 46 des Grossen Stadtrates / Protokollauszug Traktandum 6 von Luzern

– Donnerstag, 29. Februar 2024, 08.15 – 17.45 Uhr

– Rathaus am Kornmarkt

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 16. Mai 2024.

Vorsitz	Ratspräsident Jules Gut
Präsenz	Anwesend sind 46–48 Ratsmitglieder.
Entschuldigt	Claudio Soldati bis 08.30 Uhr Diel Tatjana Schmid Meyer bis 08.30 und ab 17.00 Uhr Christov Rolla ab 17.00 Uhr
Präsenz Stadtrat	Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub ist ab 16.00 Uhr entschuldigt. Ansonsten ist der Stadtrat vollständig erschienen.
Präsenz Stadtschreiber	Daniel Egli
Protokoll	Nadine Mathis

Verhandlungsgegenstände

1	Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2	Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Gianluca Pardini)	3
3	Wahl des Präsidiums der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Gianluca Pardini)	3
4	Bericht und Antrag 47 vom 20. Dezember 2023: Initiative «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren». Reglement über die Kurzzeitvermietung. Nachtragskredit zum Budget 2024	3
5	Bericht 49 vom 20. Dezember 2023: Abschluss Projekt «Stadtpassage». Aktueller Stand und Ausblick	3
6	Bericht und Antrag 48 vom 20. Dezember 2023: Tagesschulmodell Stadt Luzern. Weiterentwicklung der additiven Tagesschule. Änderung Reglement. Abschreibung von Vorstössen. Sonderkredit	3
-	Dringliches Postulat 343, Marco Müller und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 29. Januar 2024: Regelmässige Informationsvermittlung via kostenloses Printmedium sicherstellen	16
-	Dringliche Interpellation 348, Yolanda Ammann-Korner namens der FDP-Fraktion vom 14. Februar 2024: Verkommt Luzern im Bereich der Medienvielfalt zur Provinzstadt?	17

- | | | |
|----|---|----|
| 7 | Motion 313, Christov Rolla, Yolanda Ammann-Korner, Mark Buchecker, Martin Huber, Barbara Irniger, Silvana Leasi, Regula Müller, Karin Pfenninger und Lisa Zanolla namens der Bildungskommission des Grossen Stadtrates
vom 24. November 2023:
Schulunterstützung überprüfen und den aktuellen Bedürfnissen anpassen | 17 |
| 8 | Bericht und Antrag 46 vom 13. Dezember 2023:
Beitragsmanagement. Erlass Reglement über das Beitragsmanagement | 17 |
| 9 | Bericht und Antrag 41 vom 22. November 2023:
Abschluss von Konzessionsverträgen für die Bewirtschaftung der Plakatstellen auf Grundstücken der Stadt Luzern.
Ermächtigung des Stadtrates zur Unterzeichnung.
Sonderkredit für Plakat-Dienstleistungen im Auftrag der Stadt Luzern | 17 |
| 10 | Postulat 275, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 24. Juli 2023:
Welcome to Lucerne – Willkommensgespräch | 17 |
| 11 | Postulat 277, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 24. Juli 2023:
Potenzial von Kulturvereinen nutzen | 17 |
| 12 | Postulat 278, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion
vom 24. Juli 2023:
Reif für den B- oder C-Ausweis? | 17 |
| 13 | Postulat 286, Marco Baumann und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion
vom 23. August 2023:
Üppige Gewinne der REAL zurück an die Gemeinden und die Gebührenzahlenden | 17 |
| 14 | Postulat 299, Simon Roth namens der SP-Fraktion
vom 15. September 2023:
Gesundheitsschutz für städtische Angestellte sicherstellen | 18 |
| 15 | Interpellation 284, Benjamin Gross namens der SP-Fraktion
vom 4. August 2023:
Gewährleistung der Cybersicherheit | 18 |
| 16 | Postulat 288, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion
vom 25. August 2023:
Entsorgungsstelle für Wohnmobile | 18 |
| 17 | Interpellation 333, Roger Sonderegger und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion
vom 21. Januar 2024:
Umsetzung des neuen Gebährensysterns für die Siedlungsentwässerung | 18 |
| 18 | Interpellation 289, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion
vom 25. August 2023:
Unrechtmässig bezogene Subventionen durch die Verkehrsbetriebe Luzern (vbl) und die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Luzern | 18 |
| 19 | Interpellation 204, Marta Lehmann namens der SP-Fraktion
vom 29. August 2022:
Fachkräftemangel in der Gebäudebranche | 18 |

Beratung der Traktanden

- 1 **Mitteilungen des Ratspräsidenten**

- 2 **Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission
(Nachfolge Gianluca Pardini)**

- 3 **Wahl des Präsidiums der Geschäftsprüfungskommission
(Nachfolge Gianluca Pardini)**

- 4 **Bericht und Antrag 47 vom 20. Dezember 2023:
Initiative «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren».
Reglement über die Kurzzeitvermietung.
Nachtragskredit zum Budget 2024**

- 5 **Bericht 49 vom 20. Dezember 2023:
Abschluss Projekt «Stadtpassage». Aktueller Stand und Ausblick**

- 6 **Bericht und Antrag 48 vom 20. Dezember 2023:
Tagesschulmodell Stadt Luzern. Weiterentwicklung der additiven Tagesschule.
Änderung Reglement. Abschreibung von Vorstössen. Sonderkredit**

EINTRETEN

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Bildungskommission des Grossen Stadtrates beriet und verabschiedete an ihrer Sitzung vom 25. Januar 2024 den Bericht und Antrag 48/2023 «Tagesschulmodell Stadt Luzern». Die Kommission wurde bereits im Rahmen der mehrjährigen Entwicklung der nun vorliegend beantragten Erweiterung und Anpassung der Tagesstrukturen regelmässig informiert und konsultiert. Dies wurde von der Kommission sehr geschätzt und durch ihre Einbindung und Anhörung kann der vorliegende Bericht und Antrag als politisch breit abgestützt bezeichnet werden. Die Kommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat einstimmig auf den Bericht einzutreten, der Änderung des Reglements über die Betreuungsangebote der städtischen Volksschule zuzustimmen und den beantragten Sonderkredit über 44,473 Mio. Franken zu bewilligen.

Die Kommission teilt die Einschätzung des Stadtrates, dass die Volksschule und ihre Tagesstrukturen einen elementaren Beitrag zur Chancengerechtigkeit, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und als Sozialisationsort zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Der stetig wachsenden Nachfrage nach familienergänzenden Betreuung gilt es ebenso Rechnung zu tragen, wie der Tatsache, dass die Begriffe

Schule und Unterricht sich gewandelt haben, und eine zeitgemässe Ausgestaltung des schulischen Angebotes Unterricht, Betreuung und Freizeitgestaltung vereinen und in einem familiengerechten und kindgemässen Tagesablauf integrieren soll.

Im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit begrüsst die Kommission insbesondere den Paradigmenwechsel durch den neu geschaffenen gebundenen Mittag. Kinder sind, sofern sie am Nachmittag Unterricht haben, im Grundsatz für die Mittagsbetreuung angemeldet. Sie können aber jederzeit abgemeldet werden. Daneben unterstützt die Kommission auch dezidiert die Einführung des Projektnachmittages, welcher die Loslösung des Unterrichts von Fächern und Lektionen als eine sinnvolle Variante des Lernens und Lehrens in der städtischen Schule verankert, sowie die Planungssicherheit für die Erziehungsberechtigten, welche durch die über mehrere Jahre gleichbleibenden Stundepläne der einzelnen Schulstufen gewährleistet ist. Das auf der Sekundarstufe keine erweiterten gebundenen Mittag eingeführt werden, ist für die Kommissionsmehrheit nachvollziehbar, und insbesondere begrüsst die Kommission, dass durch eine Verkürzung des Mittags und die Verdichtung des Unterrichtstages auf der Oberstufe künftig grösstenteils auf Frühstunden verzichtet werden kann. Das begrüsst auch der Sprechende als ehemaliger Musiklehrer sehr.

Bezüglich der Kindergartenstufe fordert die Kommission den Stadtrat auf zu prüfen, wie auch hier ein gebundener Mittag ermöglicht werden kann. Eine entsprechende Protokollbemerkung wurde mit klarer Mehrheit überwiesen.

Im Zusammenhang mit den gebundenen Mittag diskutierten die Kommission auch das neue Tarifsysteem. Ein Teil der Kommission erachtete Fr. 7.– pro gebundenen Mittag für Erziehungsberechtigte mit tiefen Einkommen als zu hoch. Eine Protokollbemerkung, welche für Einkommen bis Fr. 48'000.– eine Senkung des Tarifes auf Fr. 5.– fordert, wurde mit einer knappen Mehrheit überwiesen. Auf den beantragten Sonderkredit hat eine allfällige Überweisung der Protokollbemerkung durch den Grossen Stadtrat keinen Einfluss.

Abschliessend stimmte die Kommission der Abschreibung der Motionen 160, 161 und 194 aus den Jahren 2017 und 2018 zu.

Martin Huber dankt dem Stadtrat, der Bildungsdirektion und der zuständigen Dienstabteilung Volksschule für die Erstellung des umfangreichen Berichtes und Antrages. Mit dem Bericht wurde ein Kernanliegen der GLP-Fraktion aufgearbeitet, welches mit verschiedenen Vorstössen aus dem Rat immer wieder thematisiert wurde.

Im Kern findet ein Paradigmenwechsel statt. Anstelle der etwas künstlichen Trennung zwischen den Bereichen Betreuung und Unterricht, wird nun Schule als integrierte Tagesstruktur gedacht. Diese Stossrichtung befürwortet die GLP-Fraktion sehr, werden damit doch gleich verschiedene Herausforderungen auf einen Streich angegangen.

Mit der Verbindung von Unterricht und Betreuung wird die Bildung und Entwicklung der Kinder ganzheitlicher betrachtet und eine neue Verbindlichkeit geschaffen. Dies wird sich hoffentlich in der Gleichberechtigung dieser beiden Angebote niederschlagen. Insgesamt wird ein aktueller Bildungsbegriff aufgenommen und umgesetzt, und Schule nicht mehr nur auf Unterricht reduziert.

Mit Partizipationsgefässen stellte die Volksschule auch sicher, dass die nun erarbeitete Lösung breit abgestützt ist. So ist auch der Paradigmenwechsel zum Opt-in-Modell eine logische Entwicklung. Dieses Modell gibt Sicherheit für die Eltern und Erziehungsberechtigten, lässt aber die Wahlfreiheit das Angebot zu nutzen. Damit werden die unterschiedlichen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt. Der Einbezug weiterer Dienstabteilungen und Angebote der Stadt in der Freizeitgestaltung in den Bereichen Sport und Musik führen zu einer integralen und abwechslungsreichen Gestaltung der Schul- und Freizeit für die Schülerinnen und Schüler.

Insgesamt erfüllt der vorliegende Bericht zentrale Anliegen der GLP-Fraktion, er fördert ein umfassendes Bildungsverständnis, verbessert die Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familie und erhöht die Chancengerechtigkeit. Es ist also eine Investition in die Zukunft. Kosten und Nutzen stehen in einem sinnvollen Verhältnis.

Die GLP-Fraktion dankt nochmals für den Bericht und Antrag, tritt ein und wird dem Antrag für den Sonderkredit von 44,5 Mio. Franken und dem Reglement sowie der Abschreibung der Vorstösse zustimmen. Zu den Protokollbemerkungen wird sich die Fraktion noch im Detail äussern.

Barbara Irrniger: Wer ungefähr den Jahrgang der Sprechenden hat, erinnert sich noch an die Unterrichtszeiten aus der Primarschule: Ein Kind hatte um 8.00 Uhr, eines um 10.00 Uhr Schule, ein Kind kam um 11.00 Uhr, das andere um 12.00 Uhr nach Hause. Eine Mittagsbetreuung gab es nicht. Eine erwachsene Person war in den meisten Fällen den ganzen Tag zu Hause, in der Regel die Mutter. Kinder, bei denen ein Elternteil alleinerziehend war, oder beide Eltern erwerbstätig waren, wurden mitleidig als «Schlüsselkinder» bezeichnet, das war ganz klar negativ gemeint.

Seither ist einige Zeit vergangen. Die Lebensmodelle haben sich verändert und sind zum Glück vielfältiger geworden, und die Schulmodelle haben sich ebenfalls weiterentwickelt.

Die G/JG-Fraktion hat sich für einen Paradigmenwechsel beim neuen Tagesschulmodell der Stadt Luzern eingesetzt, weil das ein wichtiger Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit und für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist. Das gelang im vorliegenden Bericht und Antrag sehr gut. Die Sprechende dankt für die Erarbeitung dieser nicht ganz einfachen Vorlage.

Durch die gebundenen Mittagzeiten wird die Hürde ein Betreuungsangebot in Anspruch zu nehmen deutlich tiefer. Einerseits administrativ, weil an den gebundenen Mittagzeiten das Anmeldeprozedere wegfällt und man auch nicht mehr auf den Bescheid warten muss, ob es an dem gewünschten Tag wirklich klappt oder ob man doch den Arbeitsplan wieder anpassen muss. Auch die finanzielle Hürde wird gesenkt, weil durch die Tarifanpassung bei den gebundenen Mittagzeiten die Kosten für alle Einkommensklassen gesenkt werden. So lohnt sich eine Erwerbstätigkeit stärker. Besonders wichtig ist es für Familien mit schmalen Budget, bei denen der Preis wohl ein zentrales Argument für oder gegen eine Anmeldung ist. Daher unterstützt die G/JG-Fraktion eine Protokollbemerkung der Bildungskommission, die den Tarif für geringe Einkommen von Fr. 7.– auf Fr. 5.– senken will.

Der im neuen Modell sehr regelmässige Stundenplan mit den immer gleichen freien Nachmittagen vereinfacht die langfristige Planung für Eltern deutlich. So kennt man den Stundenplan schon beim Schuleintritt über die gesamte Primarschulzeit und kann entsprechend früher und besser planen.

Dass man Schule, Freizeit und Betreuung noch stärker zusammenführt und die Grenzen durchlässiger werden, ist ebenfalls eine sehr gute Entwicklung. Kinder lernen ja nicht nur in der Schule, sondern immer und überall, egal ob sie Musik oder Sport machen, miteinander spielen, ein Buch lesen oder sich ausruhen.

Wichtig ist, dass man hier auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingehen kann. Neben den Freizeitangeboten braucht es auch genügend Rückzugs- und Erholungsorte, was sicher vom Raumangebot her nicht ganz einfach umzusetzen ist.

Die Sprechende findet es sehr positiv, dass die Wahlfreiheit beibehalten wird, und dass man so verschiedene Lebensmodelle und auch die individuellen Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt. Die Wahlfreiheit trägt zu einer hoffentlich breiten Akzeptanz in der Bevölkerung bei.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt der Änderung des Reglements und dem Sonderkredit zu.

Weiter unterstützt die Fraktion die Protokollbemerkungen der Bildungskommission und ist mit der Abschreibung der Vorstösse einverstanden.

Mark Buchecker: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Bildungsdirektion für den ausführlichen Bericht und Antrag «Tagesschulmodell Stadt Luzern» und für den Stadtratsbeschluss 129 vom 21. Februar 2024 zu den zwei Protokollbemerkungen.

Der Bericht und Antrag zeigt auf, wie in den letzten Jahren in mehreren Partizipationsphasen unter Einbindung aller Akteure verschiedene Tagesschul-Szenarien evaluiert wurden, und aus dem Projekt «SchulePlus» das «Tagesschulmodell Stadt Luzern» entstanden ist.

Die FDP-Fraktion begrüsst insbesondere die Angebotsverlässlichkeit, die Planbarkeit und Flexibilität und die einfache Handhabung des «Tagesschulmodells Stadt Luzern», welches so wesentlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt.

Sehr wichtig ist auch, dass das Tagesschulmodell durch den Ausbau der Betreuung einen wesentlichen Beitrag zur Chancengerechtigkeit beiträgt.

Ebenso begrüsst die FDP-Fraktion die längeren, mit gebundenen Mittagzeiten gekoppelten Projektnachmittage, welche ein fächerübergreifendes Arbeiten und Lernen ermöglichen. Dies ist ein wichtiger pädagogischer Mehrwert auf dem Weg der Schule von der Lehranstalt zum Lernort.

Wichtig ist aus Sicht der FDP-Fraktion zudem, dass das Tagesschulmodell freiwillig ist und die Möglichkeit des Opt-out besteht. Die Mittagspausen sind lange genug, dass das Zu-Hause-Essen nach wie vor möglich ist.

Das «Tagesschulmodell Stadt Luzern» ist eine logische Weiterentwicklung der «additiven Tagesschule», mit welchem die Eltern bereits in der Vergangenheit grossmehrheitlich zufrieden waren.

Eine ganztägige Struktur für Kinder und Jugendliche, welche in der Schule vor Ort eingebunden ist, begrüsst die FDP-Fraktion.

Der Bericht und Antrag zeigt zudem auf, dass der volkswirtschaftliche Nutzen von Tagesschulen sehr gross ist. Die Themen Fachkräftemangel, Zuwanderung und Dichtestress in Zügen, Bussen und auf den Strassen sind Dauerthemen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist auch aus demografischer Sicht, Stichwort Überalterung, zentral. Die Gesellschaft kann es sich nicht mehr leisten, dass bestausgebildete Frauen zwischen Beruf und Familie wählen müssen. Der volkswirtschaftliche Nutzen rechtfertigt die initial hohen Kosten. Die FDP-Fraktion betrachtet die Kosten als Investition in die Bildung. Im Betrieb ist das «Tagesschulmodell Stadt Luzern» unwesentlich teurer als die «additive Tagesschule».

Der wiederholte sehr positive Rechnungsabschluss der Stadt Luzern ist auf das hohe Steueraufkommen der juristischen Personen zurückzuführen. Das Tagesschulmodell ist ein wesentlicher Standortvorteil der Stadt Luzern, bei der Ansiedlung und bei der Pflege ortsansässiger Firmen.

Eine kritische Bemerkung zum Bericht und Antrag drängt sich seitens der FDP-Fraktion in Bezug auf die befristeten und unbefristeten personellen Ressourcen in der Immobilien-Abteilung auf. 340 unbefristete Stellenprozentanteile für das Immobilien-Management bei Investitionskosten von 17,350 Mio. Franken ist für die FDP-Fraktion schlicht nicht nachvollziehbar. Auch die 510 befristeten Stellenprozentanteile für die Projektentwicklung und Bauherrenvertretung erscheint der FDP-Fraktion überrissen. Die FDP-Fraktion wünscht sich mehr Augenmass bei den Stellenprozentanteilen in der Immobilien-Abteilung.

Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, und wird dem Sonderkredit von 44,473 Mio. Franken sowie der Änderung des Reglements über die Betreuungsangebote der städtischen Volksschule vom 13. März 2008 zustimmen (inkl. Abschreibung der Motionen 160, 161 und 194).

In Bezug auf die Protokollbemerkung 1, gebundene Mittagessen, und die Protokollbemerkung 2, Parameter und Eckwerte Tarifsysteem, folgt die Fraktion dem Antrag des Stadtrates und wird die beiden Protokollbemerkungen ablehnen.

Lisa Zanolla: Auch die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht und Antrag. Primarschulkinder in der Stadt Luzern sollen künftig automatisch für den Mittagstisch angemeldet sein, wenn sie am Nachmittag Unterricht haben. Eltern, welche das nicht möchten, müssen ihre Kinder explizit abmelden. Der Schülerhort in der Stadt Luzern hat eine rasante Entwicklung hinter sich. Wurden vor 20 Jahren noch etwa 250 Kinder tageweise in den Schulen betreut, sind es heute 10 Mal mehr. Aktuell nutzen knapp die Hälfte aller Stadt Luzerner Kindergarten- und Primarschulkinder ein Betreuungsangebot. Sie haben die Wahl zwischen verschiedenen Betreuungsmodellen. Die Eltern können je nach Bedarf Modelle am morgen früh, am Mittag oder am Nachmittag wählen. Dafür zahlen sie einkommensabhängig den Tarif. Nun will der Stadtrat das Betreuungsangebot noch massiv ausbauen. Dabei soll ein Paradigmenwechsel entstehen. Der Besuch von Schülerhorten soll nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sein. Damit will der Stadtrat verschiedene politische Vorstösse umsetzen – unter anderem die Motion Tagesschule für die Stadt Luzern. Konkret bedeutet das, dass Primarschulkinder künftig automatisch für das Mittagessen in den Schulen angemeldet sind – sofern sie am Nachmittag Unterricht haben. Wenn die Eltern das nicht wünschen, können sie ihre Kinder vom Mittagstisch abmelden. Das heutige Wirrwarr bei den Stundenplänen soll stark vereinfacht werden. Pro Schulstufe sollen künftig einheitliche Stundenpläne gelten. Damit wissen die Eltern z. B. bereits im Voraus, an welchen Nachmittagen ihre Kinder schulfrei haben. Heute dauert der Mittag jeweils zwei Stunden. Künftig soll es entweder ein kurzer Mittag oder ein langer Mittag sein – je nach Wochentag. Die verkürzten Mittagessen haben den Vorteil, dass sich der Arbeitstag für die Kinder verkürzt. So wird es möglich, dass der Unterricht während der ganzen Woche nie länger als bis 15.30 Uhr dauert. Zudem gibt es mehr freie Nachmittage. In der 1. und 2. Klasse sind es drei, in der 3. und 4. Klasse sind es zwei freie Nachmittage und in der 5. und 6. Klasse wird wie bisher der Mittwochnachmittag frei sein. Mit all diesen Massnahmen verfolgt der Stadtrat das Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie die Planbarkeit zu verbessern. Grundsätzlich gilt auch weiterhin, dass kein Kind verpflichtet ist, irgendwelche Betreuungsangebote zu nutzen.

Der Stadtrat möchte zusätzlich finanzielle Anreize setzen, damit möglichst viele Eltern das Angebot nutzen können. Vor allem der Tarif für die Mittagbetreuung soll massiv gesenkt werden. Während ein Mittagessen in den Schulen heute je nach Einkommen der Eltern zwischen Fr. 8.50 und Fr. 30.00 kostet, soll künftig ein Einheitstarif von Fr. 7.– gelten. Die übrigen Betreuungselemente sollen weiterhin einkommensabhängig sein. Eine Entlastung für Geringverdienende ist geplant. So sollen Eltern neu bis zu einem Einkommen von Fr. 48'000.– vom Minimaltarif profitieren. Bislang lag die Grenze bei Fr. 30'000.–. Eltern mit einem Einkommen ab Fr. 130'000.– zahlen mit Ausnahme des Mittagessens weiterhin den Maximaltarif. Die Umsetzung der Tagesschulstrategie ist mit hohen Kosten verbunden. Das betrifft zunächst einmal die Infrastruktur. Da künftig viel mehr Kinder den Schülerhort besuchen werden, braucht es auch mehr Platz. In den Schulhäusern St. Karli, Utenberg, Moosmatt, Rönimoos, Littau Dorf und Steinhof sorgte der Stadtrat bereits vor. Dort laufen Sanierungen und Erweiterungsprojekte, um den künftigen Platzbedarf bei den Betreuungsangeboten zu erfüllen. In den Schulen Felsberg, Unterlöchli, Hubelmatt, Maihof, Mariahilf, Staffeln und Büttenen hingegen braucht es zusätzliche Infrastruktur. Der Stadtrat beantragt einen Kredit von 44,5 Mio. Franken. Darin enthalten sind der Ausbau bei den Schulhäusern, zusätzliche Stellen sowie die Erhöhung der Betriebskosten der nächsten 10 Jahre. Es geht um viel Geld. Die SVP-Fraktion ist aber auch der Meinung, dass man diesen Weg gehen muss. In Anbetracht der gesellschaftlichen Veränderung und der Veränderung der traditionellen Familienmodelle ist doch ein grosser Wandel im Umbruch.

Die SVP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag Tagesschulmodell daher zustimmen, und ist überzeugt, dass diese Investition eine gute Investition für die Zukunft und die Entwicklung der Kinder ist. In diesem Sinne tritt die SVP-Fraktion ein und stimmt dem Kredit und der Abschreibung der Motionen zu.

Karin Pfenninger: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Entlastung von Alleinerziehenden sowie die Integration von Kindern aus bildungsfernen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund sind nur einige der Vorteile einer Tagesschule. Der Vorliegende Bericht und Antrag legt die Basis dazu. Die Sprechende richtet an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die an der Entwicklung dieses wegweisenden Modells beteiligt waren. Mit diesem Schritt können zentrale Anliegen der SP-Fraktion, wie die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Schaffung von Chancengerechtigkeit für alle vorangetrieben werden.

Die Einführung von Tagesschulen ist nicht nur eine Antwort auf die Anforderungen unserer modernen Gesellschaft, sondern ist auch durch Forschung gestützt. Studien aus der Schweiz und Deutschland belegen eindeutig, dass Tagesschulen sich äusserst positiv auf schulische Leistungen und soziales Verhalten auswirken.

Mit dem vorliegenden Tagesschulmodell geht die Stadt Luzern als Vorreiterin im Kanton einen bedeutenden Weg, und unterstützt zudem die Stossrichtung des neuen kantonalen Entwicklungsvorhabens «Schulen für alle». Das Tagesschulmodell ist zukunftsweisend. Es fokussiert auf ein intensiveres Zusammenwirken von Unterricht, Betreuung und Freizeitgestaltung im Tagesablauf. Durch die gebundenen Mittagessen – mit der Option zur Abmeldung – wird die Schule zum Lern- und Lebensort.

Kinder, welche zu Hause wenig Förderung erhalten oder nur schlechte Sprachkenntnisse haben, können in Tagesschulen besser gefördert werden und profitieren von einer ganztägigen Betreuung.

Bildungs- und Integrationsangebote wirken vor allem auch dann, wenn sie bereits im Vorschulalter gefördert werden. Die frühe Förderung ist eine nachhaltige Investition in die Zukunft. Die Tagesschule kann einen bedeutenden Beitrag zur frühen Förderung leisten, indem sie eine strukturierte und unterstützende Umgebung anbietet. Dazu gehört ein breites Spektrum an Aktivitäten, welches die ganzheitliche Entwicklung von Kindern unterstützt. Nicht nur schulische Fähigkeiten sollen gefördert werden, sondern auch soziale, emotionale, kreative und körperliche Entwicklungsbereiche. Vor diesem Hintergrund ist es der SP-Fraktion sehr wichtig, dass bereits im Kindergarten der gebundene Mittag stattfindet, wenn die Kinder am Nachmittag Schule haben.

Die Überarbeitung des Tarifsystems, das notabene seit 2011 gilt, begrüsst die SP-Fraktion sehr. Es ist höchste Zeit, dass dieses dem Subventionssystem der Vorschulbetreuung angepasst wird. Neu soll der Minimaltarif bis zu einem Einkommen von Fr. 48'000.– gelten.

Mit dem Einheitstarif für das Mittagessen von Fr. 7.– kann man sich, bei den mittleren und höheren Einkommen einverstanden zeigen. Für Geringverdienende mit einem Einkommen bis zu Fr. 48'000.– sollen

die gebundenen Mittagessen jedoch nicht mehr als Fr. 5.– kosten. Der SP-Fraktion ist es aus bereits erwähnten Gründen ausserordentlich wichtig, dass die Kinder aus sozial benachteiligten Milieus möglichst zu hundert Prozent am gebundenen Mittagstisch begrüsst werden können.

Die konstante gemeinsame Zeit in der Tagesschule stärkt den Zusammenhalt und ermöglicht starke, tragfähige Beziehungen zwischen Lernenden und pädagogischem Personal. Hier sind nicht nur Lehrpersonen gemeint, sondern auch Fachleute der Schule, wie auch der Betreuung. Solche Beziehung bringen Ruhe und Sicherheit und können das familiäre System entlasten. Dies gilt für Kinder wie auch für Jugendliche.

In einem späteren Schritt soll die Tagesschule auch auf die Sekundarstufe ausgeweitet werden. Der SP-Fraktion ist nicht ganz klar, warum ein Kind, welches inklusive dem Kindergarten 8 Jahre die Tagesschule besuchte, und von dessen Vorteilen profitierte, ab der Oberstufe kein analoges schulergänzendes Angebot mehr geniessen darf. Die SP-Fraktion ist überzeugt davon, dass die Tagesschule innerhalb von kurzer Zeit ein geschätztes und genutztes Modell sein wird.

Dadurch wird der Anspruch wachsen, auch Jugendliche in einer solchen Struktur zu betreuen. Die Ansprüche einer Tagesschule für Jugendliche werden sich jedoch sicherlich von den Ansprüchen einer Tagesschule für Kinder unterscheiden. So sollen beispielsweise der Autonomie, der Selbstbestimmung und der Freiwilligkeit von Jugendlichen Rechnung getragen werden. Eine Weiterentwicklung der Tagesschule und der unterrichtsergänzenden Angebote, wie beispielsweise begleitete Lernzeiten, sind unabdingbar und wichtig. Mit einer entsprechenden Protokollbemerkung möchte die SP-Fraktion anregen diese Weiterentwicklung aktiv anzugehen, und das Tagesschulmodell in einer Weiterführung auch für die Sekundarstufe zu denken.

Etwas kritischer hinschauen möchte die SP-Fraktion auch bei den Ressourcenberechnungen. Hier fehlen Ressourcen, die nötig sein werden, um die Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Betreuung zu intensivieren. Um die Schule als Lern- und Arbeitsort zu etablieren, benötigt es eine starke Zusammenarbeit verschiedener Professionen, die als Ganzes und nicht als isoliertes Zusammenspiel von Einzelkämpfern gedacht ist. Eine effektive Zusammenarbeit des pädagogischen Personals an Tagesschulen ist entscheidend, um eine ganzheitliche und qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für die Kinder sicherzustellen. Eine solche multiprofessionelle Umgebung muss entwickelt werden, und dies bedeutet Ressourcen für das pädagogische Personal. Gerade im Bewusstsein der bereits hohen Belastungen für Lehrpersonen, dürfen die neuen Aufgaben/Kooperationen, welche es für die Entwicklung der Tagesschule benötigt, nicht einfach dem Berufsauftrag von Lehrpersonen zugeschrieben werden.

Die Investition von 44,427 Millionen Franken lohnt sich. Sie bringen einen volkswirtschaftlichen Nutzen mit sich. Zum einen betrifft dies die Berufstätigkeit. Durch die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann eine verstärkte Erwerbstätigkeit ermöglicht sowie langfristige Berufsperspektiven verbessert werden. Zum anderen wird die Chancengerechtigkeit von Kindern in der Bildung wie auch in der Gesellschaft erhöht.

Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit von 44,473 Millionen Franken zu.

Luzi Andreas Meyer: Es wurde schon viel gesagt und daher hält sich der Sprechende kurz. Die Mitte Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag 48/2023 ein und stimmt diesem zu. Die Fraktion begrüsst die Entwicklung des Tagesschulmodells, welches die Planbarkeit für Eltern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sowie auch die Chancengleichheit fördert.

Die Mitte-Fraktion ist sich bewusst, dass dies ein grosses Projekt ist, welches Zeit- und Kostenintensiv ist. Die Investitionen lohnen sich aber. Es ist ein grosses Augenmerk auf die Erbringung der notwendigen Ressourcen, sowie auch das Einbinden der direkt damit betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu richten.

Zu den Protokollbemerkungen: Bei der Protokollbemerkung 1 ist die Mitte-Fraktion dafür, dass der gebundene Mittag auch für Kindergartenkinder erweitert wird. Insbesondere um Kinder ohne Deutsch als Muttersprache, aus bildungsferner Schichten oder mit Migrationshintergrund in einem spielerischen Umfeld zu integrieren – sozial und sprachlich. Die Mitte-Fraktion ist sich bewusst, dass auch das mit mehr Kosten verbunden ist, erachtet dies aber als Investition in die Gesellschaft und in die Zukunft, welche unbedingt geleistet werden soll.

Bei der Protokollbemerkung 2 stimmt die Mitte-Fraktion dem Stadtrat zu.

Stadtpräsident Beat Züsli dankt herzlich dafür, dass alle Fraktionen dieses grosse und wichtige Projekt für die Luzerner Volksschulen unterstützen. Das ist nicht selbstverständlich und sehr erfreulich. Es ist auch ein wichtiges Signal für die Volksabstimmung, welche wohl im Juni stattfinden wird.

Es gab bereits bisher ein gutes Betreuungsangebot, welches aber doch gewisse Mängel im Betrieb aufwies und immer wieder gewisse Probleme aufwarf. Einerseits war die Planbarkeit für die Eltern ungenügend. Man musste sich jeweils sehr früh für ein Betreuungsangebot anmelden und trotzdem war die Sicherheit nicht immer gegeben, ob der Platz an den gewünschten Tagen auch wirklich zur Verfügung stand. Auch für die Stadt Luzern, also für die Bildungsdirektion und die Baudirektion, war es immer eine grosse Herausforderung, zeitgerecht die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen – weil es doch ein dauerndes Wachstum gab, und dieses Wachstum sicher weitergehen wird. Aber auch das Personal musste teilweise in kürzester Zeit zusätzlich rekrutiert werden. Hier versucht man nun einen grossen Schritt zur Tagesschule zu machen. Damit ein stabileres System entsteht, welches bessere Planung, gerade für die Eltern, ermöglicht, und andererseits auch für die Stadt Luzern besser und klarer zu handhaben ist.

Es soll ein strukturierterer Schulalltag entstehen. Auch die Schulzeiten für die Kinder sind klarer. Man kann sich besser darauf einrichten und dies über einen längeren Zeitraum.

Die Prämisse, welche im Bericht und Antrag dargelegt wird, dass die Schule in Zukunft wirklich eine Einheit bildet, also der Zusammenschluss von Unterricht und Betreuung, konnte gut umgesetzt werden.

Eines der zentralen Ziele, die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, kann so gut erfüllt werden. Es entsteht ein System mit den gebundenen Mittagen, welches aber auf Freiwilligkeit basiert. Diese Wahl ist wichtig – wichtig für die Akzeptanz des Systems.

Man gibt den Kindern mehr Stabilität in ihrem Tagesablauf und auch das ist wichtig. Kinder sind heutzutage sehr beansprucht mit ganz vielen weiteren Tätigkeiten auch neben der Schule.

Mit den Projektnachmittagen, welche neu offiziell eingeführt werden, kann man ein wichtiges pädagogisches Element zusätzlich aufnehmen.

Für die Stadt Luzern, für die Bildungsdirektion, aber auch die Baudirektion ist eine bessere Planbarkeit mit der Infrastruktur und dem Personal gegeben, und so kann ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt, welcher bereits mehrfach erwähnt wurde ist, dass die Attraktivität der Stadt Luzern als Wohnort, aber auch als Arbeitsort für Firmen gesteigert wird. Man kann immer wieder feststellen, dass genau Tagesschulmodelle oder Schulen im Allgemeinen immer wieder als wichtiges Argument für einen Standort genannt werden.

Zu den verschiedenen Protokollbemerkungen wird der Sprechende im Detail Stellung nehmen.

Zum Punkt «die Aufwendungen im Immobilienbereich seien hoch» erwähnt der Sprechende aber noch, dass man hier sehen muss, dass einerseits bereits grosse Schulhausprojekte aufgegleast sind, die man schon so auslegte, um dieses Tagesschulmodell umzusetzen, es aber auch noch diverse Schulanlagen gibt, welche noch aufgerüstet werden müssen, und das ist eine relativ aufwendige Arbeit. Es braucht einerseits Entwicklungsarbeit auf Seiten Immobilien, und die Hälfte dieser zusätzlichen Stellen werden anschliessend auch im Betrieb benötigt. Das ist gerechtfertigt, da es eine aufwendige Arbeit in der Entwicklung und Planung dieser Projekte ist.

Zum Schluss dankt der Sprechende allen Beteiligten. Es war nicht immer nur ein einfacher Prozess und man kam nun aber zu einem sehr guten Ergebnis. Es mussten Umwege gegangen werden und manchmal musste man auch einen Schritt zurück machen. Aber die Bildungskommission machte immer gute Hinweise und Anregungen, aber auch Wünsche und Forderungen in diesem Prozess. Der Sprechende dankt auch dem Rektorat und allen Beteiligten der Bildungsdirektion ganz herzlich und allen, die sich in diesem Prozess engagierten.

Der Grosse Stadtrat tritt auf den B+A 48 vom 20. Dezember 2023: «Tagesschulmodell Stadt Luzern. Weiterentwicklung der additiven Tagesschule. Änderung Reglement. Abschreibung von Vorstössen. Sonderkredit» ein.

DETAIL

Seite 15 4.1.1 Gebundene Mittag

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Bildungskommission hat mit 7 : 2 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

«Der Stadtrat prüft, wie der gebundene Mittag auch für die Kindergartenkinder (freiwilliges und obligatorisches Jahr) ermöglicht werden kann.»

Der Stadtrat opponiert im StB 129 der Protokollbemerkung.

Barbara Irniger kann aus dem Stadtratsbeschluss nachvollziehen, dass die Umsetzung des Tagesschulmodells auf Kindergartenstufe durch die teilweise dezentrale Lage finanziell und auch organisatorisch aufwendiger ist. Nicht ganz schlüssig ist das zweite Argument, dass der Schritt für einzelne Kinder für mehr Betreuung zu gross ist. Der Unterschied scheint aktuell bei der Betreuung mit 40 % im Kindergarten, im Vergleich zu 44 % in der Primarschule, ja nicht deutlich geringer. Auch waren einige Kinder ja bereits vor dem Kindergarten in einer Kita und sind sich so die langen Tage bereits gewohnt. Sonst zählen alle Argumente, die beim Eintreten formuliert wurden auch hier: Geringere Hürde, finanzielle Entlastung, etc. und daher stimmt die G/JG-Fraktion der Protokollbemerkung zu.

Karin Pfenninger möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die frühe Förderung nicht zu unterschätzen ist. Gerade auch der Aufbau von tragfähigen Beziehungen. Gerade Kindern, welche Verhaltensauffälligkeiten zeigen, ist gedient, wenn sie nahe Beziehungen zu Leuten aufbauen und ein vertrautes Umfeld erhalten. Das wirkt sich extrem aus. Für jede integrative Sonderschulung im Bereich Verhalten, wo man präventiv einwirken kann, indem tragfähige Beziehungen vom ersten Moment an geschaffen werden, entsteht auch eine Kostennutzung für die Zukunft. Die Sprechende macht beliebt, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrates dieser Protokollbemerkung zustimmen.

Mark Buchecker kann im Grundsatz der Argumente von Barbara Irniger und Karin Pfenninger folgen. Die Antwort des Stadtrates überzeugte die FDP-Fraktion aber, indem die Opt-in-Möglichkeit besteht und das eine Platzsicherheit für solche Betreuungsplätze auch gewährt wird. Es besteht also die Wahlfreiheit der Eltern zu sagen, Ja, mein Kindergartenkind soll diese Mittagsbetreuung in Anspruch nehmen, aber es soll nicht ein Opt-out-Standard sein, wie es später in der Primarschule ist. Das ist der grosse Unterschied. Zum Thema dezentrale Kindergarten: Die Kindergartenkinder müssten, weil beim Kindergarten kein Mittagessen angeboten werden kann, zu einem Schulhaus geführt werden, damit sie dort gepflegt werden können. In der Praxis ist das nicht ganz tauglich. Der Sprechende ist auch dafür, dass man die Mittagsmöglichkeit anbieten soll, aber als Opt-in-Standard und nicht als Opt-out-Standard. Die Kinder gehen heute ein Jahr früher in die Schule – dem muss auch Rechnung getragen werden. Die Kinder haben eine physische Limite, sich in einem Umfeld, welches doch auch für Kleinkinder anstrengend ist, aufzuhalten. Aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Karin Pfenninger: Opt-in-Option bedeutet auch, dass der Mittag teurer ist. Man bezahlt also mehr, als bei einem gebundenen Mittag. Das führt bestimmt dazu, dass die Kinder, die es wirklich nötig hätten möglichst früh eingebunden zu werden, tendenziell diese Option gar nicht wählen werden. Weil es günstiger ist, zu Hause zu bleiben. Die Sprechende möchte, dass das auch mitgedacht wird. Es betrifft einen Mittag. Opt-out bedeutet gleichzeitig, dass der Mittagstisch, für die Eltern, die das brauchen, bereits ab dem Kindergarten günstiger ist.

Martin Huber: Die GLP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates nicht einverstanden. Dass Kindergartenkinder nicht von den gebundenen Elementen profitieren können, führt unter anderem zu höheren Kosten für die Eltern, und diese sind nicht erklärbar. Zudem besuchen viele Kindergartenkinder bereits eine Kita bevor sie in den Kindergarten eintreten. Die sogenannten langen Tage sind sie sich also bereits gewohnt. Die Erfahrungen zeigen, dass Kinder im Kindergarten eigentlich mit den Aufenthaltsdauern gut umgehen können. Natürlich gibt es Ausnahmen, aber hier bestehen ja entsprechende Möglichkeiten. Die

Begründung der Schulwegbegleitung ist insofern problematisch, weil hier nicht die Bedürfnisse der Kinder und der Eltern im Zentrum stehen, sondern dass die organisatorische Umsetzung umgangen werden soll. Denn, wenn Kindergartenkinder auch ohne gebundene Angebote den Mittagstisch trotzdem nutzen möchten, fallen die Kosten so oder so an. Es ist im juristischen Sinne ein innerschulischer Wechsel und die Kinder müssen daher begleitet werden. Für die GLP-Fraktion greift die Argumentation des Stadtrates zu kurz und überzeugt nicht. Die Fraktion wünscht einen einfacheren Zugang auch im Kindergarten im Sinne der Chancengerechtigkeit, und stösst sich an der Andersbehandlung. Daher unterstützt die GLP-Fraktion die entsprechende Protokollbemerkung und kann die in der Antwort ausgewiesenen Mehrkosten nur bedingt nachvollziehen.

Luzi Andreas Meyer kommt zurück auf das Thema An- und Abmelden. Die Infrastruktur muss so oder so erstellt werden. In der Strategie beschloss man, dass man diese Tagesschulmodelle umsetzen, stärken und fördern möchte. Es sollte zukünftig auch keinen grossen Unterschied zwischen Kindergarten und 1. Klasse mehr geben, sondern es wird einfach einen 1. Zyklus geben. Insofern erachtet es die Mitte-Fraktion als notwendig, dass das auch auf der Kindergartenstufe eingeführt wird.

Stadtpräsident Beat Züsli: Es wurde richtig gesagt: Kindergartenkinder können bereits heute am Mittagstisch teilnehmen. Es wurde aber auch richtig gesagt, dass das zum einkommensabhängigen Tarif bezahlt werden muss. Der Stadtrat führt drei Gründe auf, warum er dieser Protokollbemerkung opponiert. Kinder, die das machen möchten, könne bereits heute angemeldet werden. Aber wenn man Richtung gebunden Mittag geht, gibt das zwar keinen Zwang, aber doch einen sanften Druck in diese Richtung und da ist die Frage der Belastung der Kinder doch auch ein Argument.

Wie bereits angesprochen, ist es auch ein zusätzlicher Aufwand. Kinder die das Angebot heute bereits nutzen, müssen bereits begleitet werden. Aber weil doch 60 % der Kindergarten nicht den Schulanlagen angegliedert sind, würde das deutlich mehr Begleitung bedingen.

Aus diesen beiden Gründen ist die Kostenfolge nicht zu vernachlässigen. Rund Fr. 740'000.– pro Jahr, gerechnet mit dem Einheitstarif von Fr. 7.–, sind doch erhebliche Kosten. Und das ist nur eine Schätzung und hängt natürlich davon ab, wie dieses Angebot oder eben die Opt-out-Option genutzt wird. Das macht vor allem die Differenz beim Mittag aus, welcher entsprechend stärker unterstützt werden müsste.

Aus den genannten drei Gründen lehnt der Stadtrat die Protokollbemerkung ab.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

«Der Stadtrat prüft, wie der gebundene Mittag auch für die Kindergartenkinder (freiwilliges und obligatorisches Jahr) ermöglicht werden kann.»

Seite 17 4.2 Aussicht für Sekundarschule

Karin Pfenninger: Die Tagesschule, neben dem, dass sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert, hat einen grossen positiven Einfluss auf schulische Leistungen und soziales Verhalten. Vor diesem Hintergrund hört das nicht bei der Primarschulstufe auf. Die schulische Leistung muss auch danach weitergehen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, mindestens anzudenken, wie nach der erfolgreichen Einführung der Tagesschule auf der Primarstufe, dies auch auf den weiteren Stufen weiterlaufen könnte. Wenn Kinder acht Jahre dieses Angebot nutzten, sind sie anders auf gebundene Mittagstage eingestellt, als wenn sie wie bis anhin nur dann den Mittagstisch nutzten, wenn zu Hause niemand da war. Es ist ein Lernort, der neu gedacht wird, welcher auch Einfluss darauf haben wird, dass auch in der Oberstufe Kinder eher am Mittag da sein werden. Natürlich, Autonomie und Eigenständigkeit und die Freiwilligkeit zu entscheiden, ob man an den Mittagstisch geht oder nicht, muss auch mitgedacht werden. Es ist aber wichtig, vorausschauend zu sein, und nicht, wenn es dann auf der Primarstufe umgesetzt ist, erst zu schauen, wie es auf der Sekundarstufe weitergeht. Aus diesem Hintergrund stellt die SP-Fraktion die **Protokollbemerkung:**

«Der Stadtrat evaluiert bis 2028, inwiefern das «Mittagsangebot Sekundarschule» angepasst werden soll. Nebst dem Bedarf von warmen Mahlzeiten soll auch die Auswirkung der Kooperation von Betreuung und Schule evaluiert werden.»

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Protokollbemerkung wurde mit Ausnahme eines angehängten Satzes, aber inhaltlich gleich, in der Kommission gestellt, und wurde mit 2 : 6 : 1 abgelehnt.

Mark Buchecker: Die Protokollbemerkung wurde wie erwähnt in der Bildungskommission diskutiert. Die Lebenserfahrung des Sprechenden mit inzwischen drei erwachsenen Kindern zeigt klar, dass im Alter von 12 Jahren etwas anderes passiert. Die Kinder möchten nicht mehr in der Schule essen, sie möchten sich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen auswärts verpflegen, und das ist ein normaler Prozess, ein Loslösungsprozess – einerseits vom Elternhaus und andererseits von der Schule. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit des Opt-in – wenn ein Kind sagt, es möchte in der Schule essen, dann ist der Platz dort garantiert. Man muss den Kindern ab 12 Jahren die Wahlfreiheit lassen selber zu entscheiden, ob sie in der Schule essen möchten, oder ob sie sich auswärts verpflegen möchten.

Martin Huber: Die GLP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ebenfalls ab, weil sie keinen Bedarf sieht. Die Zahlen der Stadt Zürich zeigen z. B. auch, dass kaum ein Bedarf nach diesem Angebot auf der Sekundarstufe besteht. Und als Vater einer Tochter, die gerade im Sommer in die Oberstufe wechselte, kann der Sprechende sagen, dass sie die absolute Freiheit genießt, und sich wohl nie, obwohl sie acht Jahre am Mittagstisch verpflegt wurde, in diese Struktur begeben würde. In diesem Sinne lehnt die GLP-Fraktion ab, und sieht die jetzt vorgeschlagene Lösung als richtig an.

Barbara Irrniger: Die G/JG-Fraktion erachtet es als wichtig, dass es ein Angebot für die Sekundarstufe gibt. Dass sich die Kinder, wenn sie möchten, in der Schule verpflegen können, und sie dort auch Ansprechpersonen haben, wenn sie eine brauchen. Das ist aber bereits heute gegeben. Es ist aber auch wichtig, dass man den Kindern den Freiraum, welchen sie meistens in diesem Alter einfordern, auch gibt. Daher ist die jetzige Situation ideal und die G/JG-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ebenfalls ab.

Karin Pfenninger: Ein Teil der Protokollbemerkung sagt auch «Kooperation von Betreuung und Schule» – es geht also nicht nur um das Mittagessen. Die Sprechende erlebt sehr oft, dass auch auf der Oberstufe Kinder begleitete Lernzeiten freiwillig nutzen. Das ist eine Möglichkeit, welche auch über den Mittag geboten werden könnte. Es geht nicht nur um das Essen. Es gibt dann vielleicht eine Art Business-Lunch für Schüler. Die Sprechende findet das sehr wichtig, um Kinder zu unterstützen. Man soll es vorausschauend denken – ob es dann wirklich so ist oder nicht, sei dann dahingestellt. Aber immerhin zu evaluieren und Optionen zu prüfen, was das pädagogische Personal auch entwickelte. Es geht ja nicht nur ums Essen. Das wäre wichtig.

Stadtpräsident Beat Züsli: Auf der Sekundarstufe wurden in den letzten Jahren verschiedene Angebote ausprobiert und getestet. Man sah aber, dass die Nachfrage nach einem Mittagstisch auf Sekundarstufe praktisch nicht vorhanden ist. Aber es besteht ein Bedürfnis, dass entsprechende Räume zur Verfügung stehen, wo man ein selber organisiertes Mittagessen einnehmen könnte. Das möchte der Stadtrat weiterverfolgen. Aus Sicht des Stadtrates ist es einfach nicht nötig, dass man zu einem bestimmten Zeitpunkt eine solche Evaluation durchführt, sondern man möchte das in den laufenden Prozess der Umsetzung der Tagesschule mit einbeziehen. Da der Stadtrat die Evaluation nicht als erforderlich ansieht, lehnt er die Protokollbemerkung ab.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

«Der Stadtrat evaluiert bis 2028, inwiefern das «Mittagsangebot Sekundarschule» angepasst werden soll. Nebst dem Bedarf von warmen Mahlzeiten soll auch die Auswirkung der Kooperation von Betreuung und Schule evaluiert werden.»

ab.

Seite 18 ff 4.3 Angebotsanpassungen mit Kostenfolgen

Karin Pfenninger tönte bereits beim Eintreten an, dass sie es als ganz wichtig empfindet, dass die Tagesschule weiterentwickelt wird, und zwar dezentral, je nach dem was vor Ort vorhanden ist. Die Weiterentwicklung kann nicht von Leitungen von oben herab kommen, sondern es ist ganz wichtig, dass sich pädagogisches Personal bei dieser Weiterentwicklung einbringen kann, und Kooperationen und einen Lernort schaffen kann. Und ja, es ist im Berufsauftrag der Lehrpersonen, eine Schulentwicklung zu machen. Aber es ist doch ein grosser Unterschied, ob man ein Konzept für einen Schülerrat erarbeitet, oder ob man einen komplett neuen Lernort erarbeitet. Es ist eine grosse Aufgabe, eine Kooperation, ein multiprofessionales Team aufzubauen, und wenn man sich ernsthaft und gut hineingeben möchte, braucht es Zeit. Es ist ganz wichtig, dass Ressourcen nicht nur für Leitungsfunktionen gesprochen werden, die das Grosse und Ganze im Überblick haben, sondern dass Ressourcen auch gesprochen werden für Leute, die tatsächlich bei der Konzeptentwicklung dabei sind. Daher stellt die SP-Fraktion die **Protokollbemerkung**:

«Der Stadtrat prüft, in welchem Umfang ein weiterer Ressourcenpool für Absprachen / administrativen Aufwand des pädagogischen Personals benötigt wird, um gelingende Kooperationen zwischen Schule und Betreuung zu gewährleisten und Mehraufwand abzugelten.»

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Protokollbemerkung wurde in der Kommission diskutiert und wurde mit 4 : 5 Stimmen knapp abgelehnt.

Barbara Irrniger: Karin Pfenninger sagte es bereits: Mit der vermehrten Zusammenarbeit von Schule und Betreuung braucht es ganz klar auch mehr Ressourcen für die Koordination. In Zeiten, wo Fachkräfte fehlen, und man schauen muss, dass man die Leute halten kann, ist es wichtig, dass man genügend Ressourcen für diese Entwicklung hat. Vor diesem Hintergrund stimmt die G/JG-Fraktion der Protokollbemerkung zu.

Mark Buchecker: Die FDP-Fraktion ist ganz klar dafür, dass man das Tagesschulmodell weiterentwickelt. Aber die FDP-Fraktion ist aber auch klar der Meinung, dass die Rolle des Parlaments zu legitimieren ist, und dass das Parlament nicht Teil der Exekutive ist. Man soll es der Bildungsdirektion überlassen, diese Ressourcen zu planen und sich nicht beim Mikromanagement zu betätigen. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Stadtpräsident Beat Züsli: Dass genügend Ressourcen, insbesondere für die Kooperationen von Betreuung und Schule wichtig sind, ist unbestritten. Der Stadtrat geht davon aus, dass das im erstellten Globalbudget auch entsprechend eingerechnet wird. Das umfasst alle Aufgaben der Betreuung, aber auch die für die Koordination erforderlichen Ressourcen. Der Stadtrat wird bei der Umsetzung diesem Aspekt sicher genügend Stellenwert geben, und ist aber der Meinung, dass der Weg über einen zusätzlichen Ressourcenpool weder nötig noch sinnvoll ist. Daher lehnt der Stadtrat die Protokollbemerkung ab.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

«Der Stadtrat prüft, in welchem Umfang ein weiterer Ressourcenpool für Absprachen / administrativen Aufwand des pädagogischen Personals benötigt wird, um gelingende Kooperationen zwischen Schule und Betreuung zu gewährleisten und Mehraufwand abzugelten.»

Seite 21 f 5.1 Parameter und Eckwerte Tarifsysteem: Anpassungen

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Bildungskommission hat mit 5 : 1 : 3 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

«Bei einem Einkommen bis Fr. 48'000.– soll der Tarif für den gebundenen Mittag Fr. 5.– betragen.»

Der Stadtrat opponiert im StB 129 der Protokollbemerkung.

Martin Huber: Als Bewohner eines Quartiers, welches als sozialer Brennpunkt gilt, nämlich das Fluhmühle Quartier, kann der Sprechende berichten, dass dort die Sensibilität für die Kosten des Mittagessens auf der einen Seite relativ hoch und auf der anderen Seite das durchschnittliche Einkommen relativ tief ist. Weiter kann der Sprechende aus der Nachbarschaft berichten, dass vielfach das Essen, welches bei den Kindern auf den Tisch kommt, die zum Essen nach Hause gehen, die Kosten von Fr. 5.– nicht erreicht. Das sind dann z. B. ein Sack Pommes Chips und eine 1.5 Liter Flasche Coca Cola die auf dem Tisch steht und für drei Tage reichen soll. Fr. 7.– ist für solche Eltern bereits eine Hürde, die sie nicht überspringen wollen oder können. Aus diesem Grund und weil man sich bewusst ist, dass die Chancengerechtigkeit förderlich ist, und man heute auch schon mehrmals hörte, was der Wert eines solchen Mittagstisches ist, nämlich nicht nur die gesunde Verpflegung, sondern eben auch die Integration bzw. der Spracherwerb, möchte die GLP-Fraktion die Protokollbemerkung unterstützen und den Tarif entsprechend von Fr. 7.– auf Fr. 5.– senken.

Barbara Irrniger: Martin Huber sagte gerade ziemlich genau, was die Sprechende selber sagen wollte. Ergänzend erwähnt die Sprechende das Beispiel aus dem Bericht und Antrag, wo berechnet wurde, wie viel eine Familie mit einem Einkommen von Fr. 3'000.– zahlt. Man kann sagen, dass Fr. 7.– nicht viel sind, aber wenn man die Berechnung machte, musste man schon etwas leer schlucken, als man merkte, dass das doch noch ein massgeblicher Anteil dieses Einkommens ist. Die Sprechende erachtet es als extrem wichtig, dass die Hürde tief ist, und daher wird die G/JG-Fraktion der Protokollbemerkung zustimmen.

Karin Pfenninger: Eigentlich wurde alles bereits gesagt. Martin Huber führte sehr gut aus, wie schwierig es für gewisse Leute ist, diese Fr. 5.– aufzubringen. Oder möchte man das oder verzichtet man darauf. Die Sprechende betont noch einmal, dass es ein ganz wichtiger Beitrag zur Integration ist. Nicht nur für die Chancengerechtigkeit, nicht nur, dass es für Einkommensschwache günstig ist, sondern für die Integration. Damit die Kinder, die es wirklich nötig haben, auch mit ihren Freunden am Lernort teilnehmen können. Man muss alle Kinder, gerade die aus einkommensschwachen Familien zu den gebundenen Mittagessen bringen.

Stadtpräsident Beat Züsli: Bisher galt der Mindesttarif von Fr. 8.50 für ein Mittagessen. Der Stadtrat schlägt nun vor, den Tarif auf Fr. 7.– zu reduzieren. Darüber wurden im Stadtrat auch längere Diskussionen geführt, aber er kam zum Schluss, dass es wichtig ist, einen Einheitstarif zu machen. Jede Abstufung, hatte Schwelleneffekte zur Folge. Es gab immer wieder Beispiele, wo die Fr. 48'000.– sehr knapp erreicht wurden, und mit einem Einheitstarif könnte man solche Schwelleneffekte eliminieren. Der Stadtrat ist auch der Meinung, dass Fr. 7.– ein angemessener Preis ist. Es ist ein guter Preis und gegenüber dem heutigen Zustand doch schon eine erhebliche Entlastung für die Eltern. In der Antwort führte der Stadtrat auf, dass Familien, welche auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen sind zusätzlich die Möglichkeit haben, die Betreuungskosten von den Sozialen Diensten übernehmen zu lassen. Für die, die es wirklich nötig haben, gibt es eine zusätzliche Entlastung. Die Kostenfolgen sind auch nicht unerheblich. Es sind doch rund Fr. 250'000.–, welche entsprechend weniger eingenommen werden, wenn man den Betrag von Fr. 7.– auf Fr. 5.– reduziert, da doch ein grosser Teil davon profitieren würde. Aus diesen Gründen lehnt der Stadtrat die Protokollbemerkung ab.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

«Bei einem Einkommen bis Fr. 48'000.– soll der Tarif für den gebundenen Mittag Fr. 5.– betragen.»

Ratspräsident Jules Gut liest aufgrund der erfolgten GO-Änderung eine redaktionelle Anpassung vor: Statt dem im Bericht und Antrag angeführten Art. 67 lit. b Ziff. 2 ist neu Art. 67 lit. b massgebend sowie Art. 69 lit. b Ziff. 1 (statt die bisher massgebliche und im Bericht und Antrag aufgeführte Ziff. 3).

Seite 38 f 12 Antrag und Beschluss

- I. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Umsetzung des Tagesschulmodells einen Sonderkredit von 44,473 Mio. Franken und stimmt der Änderung des Reglements über die Betreuungsangebote der städtischen Volksschule vom 13. März 2008 mit 47 : 0 : 0 Stimmen zu. Diese Änderung tritt am 1. August 2024 in Kraft und wird veröffentlicht.
- II. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 160, Adrian Albisser und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 27. November 2017: «Unterrichtszeiten der Volksschule evaluieren», als erledigt ab.
- III. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 161, Judith Wyrsh und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 27. November 2017: «Tagesschulen für die Stadt Luzern», als erledigt ab.
- IV. Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 194, Adrian Albisser und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 10. April 2018: «Bevölkerungsantrag zur täglichen Sport- und Bewegungsstunde mit Varianten ergänzen und als Bericht und Antrag behandeln», als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages 48 vom 20. Dezember 2023 betreffend

Tagesschulmodell Stadt Luzern

- Weiterentwicklung der additiven Tagesschule
- Änderung Reglement
- Abschreibung von Vorstössen
- Sonderkredit

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 und Art. 12 Abs. 1 Ziff. 4, Art. 28 Abs. 1, Art. 67 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. 1. Für die Umsetzung des Tagesschulmodells wird ein Sonderkredit von 44,473 Mio. Franken bewilligt.
2. Das Reglement über die Betreuungsangebote der städtischen Volksschule vom 13. März 2008 wird wie folgt geändert:

Art. 2 Begriff und Angebot

¹⁻² (bleiben unverändert).

³ Für das Betreuungsangebot der Mittagsbetreuung wird zwischen ungebundenen und gebundenen Mittagen unterschieden. Als gebundener Mittag gilt die Mittagsbetreuung an Tagen, an denen die Lernenden am Nachmittag Unterricht haben.

⁴ Das Angebot kann bezüglich Öffnungszeiten und Elementen eingeschränkt bzw. angepasst werden.

⁵ Der Stadtrat regelt das Nähere.

Art. 5 Ausbildung und Besoldung

¹ Die Betreuungspersonen erfüllen in der Regel die von der Dienststelle Volksschulbildung für diese Tätigkeit erlassenen Vorgaben.

² (bleibt unverändert).

Art. 6 Aufnahme und Abmeldung gebundene Mittag

¹ (bleibt unverändert).

² An den gebundenen Mittagessen besuchen die Lernenden in der Regel die Mittagsbetreuung, soweit keine Abmeldung erfolgt. Der Besuch der Mittagsbetreuung an den gebundenen Mittagessen ist garantiert.

³ Ist der Besuch der Mittagsbetreuung an gebundenen Mittagessen nicht gewünscht, sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, eine Abmeldung vorzunehmen. Eine Abmeldung ist auch für einzelne gebundene Mittagessen möglich. Erfolgt keine Abmeldung, bleibt der Tarif geschuldet, auch wenn das Angebot nicht genutzt wird.

⁴ Der Stadtrat regelt das Nähere über das Verfahren der Aufnahme und der Abmeldung der gebundenen Mittagessen.

Art. 10 Elternbeiträge

¹⁻³ (bleiben unverändert).

⁴ Die Erziehungsberechtigten bezahlen je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit den Maximaltarif oder einen reduzierten Tarif, der prozentual zum Maximaltarif berechnet wird.

⁵ Für den gebundenen Mittagessen wird ein Einheitstarif festgesetzt.

⁶ Wenn mehrere Kinder aus dem gleichen Haushalt Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen, kann ein Rabatt auf dem Tarif gewährt werden.

⁷ Der Stadtrat erlässt den Tarif und regelt das Nähere.

Art. 10a Voranschlag

(wird aufgehoben).

3. Diese Änderung tritt am 1. August 2024 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

II. Die Motion 160, Adrian Albisser und Luzia Vetterli namens der SP/JUSO-Fraktion vom 27. November 2017: «Unterrichtszeiten der Volksschule evaluieren», wird als erledigt abgeschrieben.

III. Die Motion 161, Judith Wyrsh und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 27. November 2017: «Tagesschulen für die Stadt Luzern», wird als erledigt abgeschrieben.

IV. Die Motion 194, Adrian Albisser und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 10. April 2018: «Bevölkerungsantrag zur täglichen Sport- und Bewegungsstunde mit Varianten ergänzen und als Bericht und Antrag behandeln», wird als erledigt abgeschrieben.

V. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem obligatorischen Referendum.

- **Dringliches Postulat 343, Marco Müller und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 29. Januar 2024:
Regelmässige Informationsvermittlung via kostenloses Printmedium sicherstellen**

- **Dringliche Interpellation 348, Yolanda Ammann-Korner namens der FDP-Fraktion vom 14. Februar 2024:**
Verkommt Luzern im Bereich der Medienvielfalt zur Provinzstadt?

Die Besprechung erfolgte zusammen mit dem dringlichen Postulat 343.

- 7 **Motion 313, Christov Rolla, Yolanda Ammann-Korner, Mark Buchecker, Martin Huber, Barbara Irniger, Silvana Leasi, Regula Müller, Karin Pfenninger und Lisa Zanolla namens der Bildungskommission des Grossen Stadtrates vom 24. November 2023:**
Schulunterstützung überprüfen und den aktuellen Bedürfnissen anpassen

- 8 **Bericht und Antrag 46 vom 13. Dezember 2023:**
Beitragsmanagement. Erlass Reglement über das Beitragsmanagement

- 9 **Bericht und Antrag 41 vom 22. November 2023:**
Abschluss von Konzessionsverträgen für die Bewirtschaftung der Plakatstellen auf Grundstücken der Stadt Luzern.
Ermächtigung des Stadtrates zur Unterzeichnung.
Sonderkredit für Plakat-Dienstleistungen im Auftrag der Stadt Luzern

- 10 **Postulat 275, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 24. Juli 2023:**
Welcome to Lucerne – Willkommensgespräch

- 11 **Postulat 277, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 24. Juli 2023:**
Potenzial von Kulturvereinen nutzen

- 12 **Postulat 278, Selina Frey und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 24. Juli 2023:**
Reif für den B- oder C-Ausweis?

- 13 **Postulat 286, Marco Baumann und Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion vom 23. August 2023:**
Üppige Gewinne der REAL zurück an die Gemeinden und die Gebührenzahlenden

- 14 Postulat 299, Simon Roth namens der SP-Fraktion
vom 15. September 2023:
Gesundheitsschutz für städtische Angestellte sicherstellen**
- 15 Interpellation 284, Benjamin Gross namens der SP-Fraktion
vom 4. August 2023:
Gewährleistung der Cybersicherheit**
- 16 Postulat 288, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion
vom 25. August 2023:
Entsorgungsstelle für Wohnmobile**
- 17 Interpellation 333, Roger Sonderegger und Andreas Felder namens der Mitte-Fraktion
vom 21. Januar 2024:
Umsetzung des neuen Gebührensystems für die Siedlungsentwässerung**
- 18 Interpellation 289, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion
vom 25. August 2023:
Unrechtmässig bezogene Subventionen durch die Verkehrsbetriebe Luzern (vbl)
und die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Luzern**
- 19 Interpellation 204, Marta Lehmann namens der SP-Fraktion
vom 29. August 2022:
Fachkräftemangel in der Gebäudebranche**

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

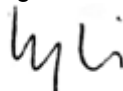
Luzern, 08. April 2024

Die Protokollführerin:



Nadine Mathis

Eingesehen von:



Daniel Egli, Stadtschreiberin-Stv.